

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis XV

1. Kapitel – Einführung 1

I. Problemstellung 1

1. Die Fischerei als Meeresnutzung..... 6

2. Die Fischerei als Problem für die Meeresumwelt 12

3. Rechtlicher Rahmen 15II. Forschungsstand 19III. Gang der Untersuchung 21

2. Kapitel – Kompetenzgrundlagen für das Fischerei- und Meeresumweltschutzrecht im Mehrebenensystem 23

I. Die Meereszonen des Seerechtsübereinkommens als Grundlage der Kompetenzverteilung 23

II. Die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der EU – vertikale und horizontale Kompetenzabgrenzung 28

1. Anwendbarkeit der europäischen und deutschen Kompetenzverteilungsvorschriften und Geltungserstreckung des einfachen Gesetzesrechts in den Meereszonen 29

2. Vertikale Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und Deutschland 31a) Fischereirechtliche Kompetenzen 32

aa) Entwicklung des Fischereirechts in der EU 32

bb) Fischereirechtliche Zuständigkeit der EU..... 33cc) Nationale fischereirechtliche Kompetenzen 38dd) Zwischenergebnis 39

b) Meeresumweltschutzrechtliche Kompetenzen 40

aa) Entwicklung der Umweltkompetenz der EU 40

bb)	Meeresumweltschutzrechtliche Zuständigkeit der EU	42
cc)	Nationale meeresumweltschutzrechtliche Kompetenzen	43
dd)	Zwischenergebnis	46
3.	Horizontale Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen fischerei- und meeresumweltschutzrechtlichen Zuständigkeit	46
4.	Die Außenkompetenz der EU	50
a)	Die Außenkompetenz in der Fischereipolitik	52
b)	Die Außenkompetenz in der Umweltschutzpolitik	54
c)	Gemischte völkerrechtliche Verträge	56
III.	Integration des Völkervertragsrechts in die europäische und deutsche Rechtsordnung	58
1.	Geltungsanspruch des Völkerrechts auf Unionsebene	58
2.	Umsetzungsbedürftigkeit des Völkerrechts in die deutsche Rechtsordnung ..	60
IV.	Meeresumweltrechtlicher Einfluss völkerrechtlicher Regelungen auf das Seerechtsübereinkommen	62
1.	Übereinkommen über gebietsübergreifende Fischbestände	63
2.	FAO-Verhaltenskodex	64
3.	Übereinkommen über die biologische Vielfalt	65
4.	Regionale Meeresschutzübereinkommen	68
5.	Zusammenfassung	69
V.	Zwischenfazit	69
3. Kapitel –	Ökologische Grundsätze einer umweltverträglichen Fischerei	71
I.	Die Ökologisierung des Fischereirechts	72
II.	Der Vorsorgegrundsatz	76
1.	Der Vorsorgeansatz bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Völkerrecht	80
2.	Das Vorsorgeprinzip in der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU	84
3.	Zusammenfassung	85
III.	Der Nachhaltigkeitsgrundsatz	86
1.	Nachhaltige Fischereibewirtschaftung im Völkerrecht	90
2.	Nachhaltigkeit in der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU	94
3.	Zusammenfassung	96
IV.	Der Ökosystemansatz	97
1.	Der Ökosystemansatz bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Völkerrecht	99

2. Der Ökosystemansatz im europäischen Fischerei- und Meeresumweltschutzrecht	103
3. Zusammenfassung	105
V. Zwischenfazit	106
4. Kapitel – Bestandserhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik als Instrumente einer umweltverträglichen Fischerei	107
I. Kompetenzkonflikte bei dem Erlass von Bestandserhaltungsmaßnahmen	108
1. Der Kompetenzkonflikt bei der Änderung von Mehrjahresplänen vor dem EuGH	111
a) Streitgegenstand	111
b) Rechtliche Würdigung	112
2. Der Kompetenzkonflikt bei der Gewährung von Fangmöglichkeiten an Drittstaaten in EU-Gewässern vor dem EuGH	115
a) Streitgegenstand	115
b) Rechtliche Würdigung	115
3. Zusammenfassung	116
II. Der höchstmögliche Dauerertrag als Bewirtschaftungsziel	117
III. Mehrjahrespläne als Bewirtschaftungsgrundlage	120
1. Inhaltliche Reichweite von Mehrjahresplänen	121
2. Ökologische Vorteile einer mehrjährigen Bestandsbewirtschaftung	125
IV. Die Festsetzung von Fangmöglichkeiten	128
1. Die Festsetzung der zulässigen Höchstfangmenge durch den Rat	130
2. Aufteilung der TACs auf nationale Quoten nach dem Grundsatz der relativen Stabilität	135
3. Quotenkürzung bei der Überschreitung zugeteilter Fangquoten	138
4. Zuteilung nationaler Fangerlaubnisse auf Fischereifahrzeuge	141
5. Fischereiaufwandsbeschränkungen	145
6. Flexibilisierung der Fangmöglichkeiten	147
7. Rechtsschutz gegen die Festsetzung und Aufteilung der Fangmöglichkeiten durch den Rat	153
a) Klagemöglichkeiten der Mitgliedstaaten	154
b) Klagemöglichkeiten von Fischereibetrieben oder Fischereiverbänden ...	155
c) Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden	157

d) Zwischenergebnis	162
8. Zusammenfassung	163
V. Pflicht zur Anlandung aller Fänge	164
VI. Bestandsauffüllungsgebiete	166
VII. Zwischenfazit	168

5. Kapitel – Weitere Instrumente zugunsten einer umweltverträglichen

Fischerei	171
------------------------	-----

I. Maritime Raumordnung zur räumlichen Steuerung fischereirechtlicher

Bewirtschaftungsmaßnahmen	172
1. Zulässigkeit der nationalen Raumordnung im Meer	173
a) Völkerrechtliche Zulässigkeit nach dem Seerechtsübereinkommen	173
b) Europarechtliche Zulässigkeit der nationalen maritimen Raumordnung	176
2. Raumordnungspläne in der deutschen Nord- und Ostsee	180
3. Ausweisung von Fanggebieten und Fischereischutzzonen als umweltverträgliche Instrumente	185
4. Zusammenfassung	189

II. Geschützte Meeresgebiete als mittelbare

Bestandserhaltungsmaßnahme	190
1. Zulässigkeit der Einrichtung mariner Schutzgebiete im Völkerrecht	191
a) Einrichtung mariner Schutzgebiete in nationalen Hoheitsgewässern	192
b) Einrichtung mariner Schutzgebiete in der AWZ	193
aa) Hoheitsbefugnisse aus Teil XII des Seerechtsübereinkommens	193
bb) Souveräne Rechte aus Art. 56 Abs. 1 lit. a) SRÜ	195
cc) Die souveränen Rechte im Lichte umweltschutzrechtlicher Völkerrechtsabkommen	197
c) Zwischenergebnis	198
2. Geschützte Meeresgebiete im europäischen Natura 2000-Netzwerk	199
a) Erlass von nationalen Schutzregelungen mit Bezug zur Fischerei in der AWZ	200
b) Fischereirechtliche Maßnahmenvorschläge in Natura 2000-Gebiete	207
c) Einklagbarkeit von Fischereiverboten durch Umweltverbände	208
3. Schutzgebiete nach Art. 13 Abs. 4 MSRL	211
4. Zusammenfassung	212

III. Fischereirelevante Anforderungen der Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Erreichung eines guten Umweltzustands	213
a) Umweltverträgliche Fischerei als Beitrag zur Erreichung eines guten Umweltzustands	214
b) Kritische Betrachtung der Einbeziehung der Fischerei in die Meeresstrategierahmenrichtlinie	216
IV. Ökologische Verbraucherinformation als Instrument für eine umweltverträgliche Fischerei	217
1. Nutzen und Schwierigkeiten der ökologischen Verbraucherinformation	218
2. Etikettierungspflicht von Fischereiprodukten	221
3. Zertifizierung von Fischereiprodukten aus nachhaltigem Fang	222
a) Rechtliche Grundlagen für ein Umweltsiegel in der Fischerei	223
b) Das MSC-Siegel für umweltverträgliche Fischereiprodukte	224
c) Kritik an der Vergabe des MSC-Siegels	227
d) Zwischenergebnis	228
4. Zusammenfassung	228
V. Zwischenfazit	229
 6. Kapitel – Fazit	231
1. Das Seerechtsübereinkommen ist interpretationsoffen in Bezug auf die umweltschützende Dimension der fischereirechtlichen Vorschriften	231
2. Das Fischereirecht hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte vom Wirtschaftsrecht in einen Teilbereich des Umweltrechts entwickelt	232
3. Das Fischereirecht ist noch immer kein integrierter Teil des Meeresumweltschutzrechts, sondern die beiden Rechtsbereiche stehen nebeneinander	232
4. Das Auseinanderfallen der Verantwortlichkeit von Europäischer Union und Mitgliedstaaten blockiert die Erreichung von fischerei- und meeresumweltschutzrechtlichen Zielen	233
5. Die Umsetzung der fischereirechtlichen Regelungen ist für das Gelingen einer umweltverträglichen Fischerei erforderlich	234
 Literaturverzeichnis	237
Materialverzeichnis	253